



Regierungsratsbeschluss vom 20. Juni 2017

Änderung des Bundesgesetzes über den Erwerb von Grundstücken durch
Personen im Ausland; Vernehmlassung

P170438

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD).

Begründung

Die Situation hat sich in den Jahren nach der Finanzkrise von 2008 in Bezug auf ausländische Anlagen in den Schweizer Immobilienmarkt wesentlich verändert. Zum einen hat die Zuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern in die Schweiz zu einer verstärkten Nachfrage nach Grundstücken in der Schweiz geführt. Zum andern zählen Immobilien in der Schweiz international zu den langfristig werthaltigsten Kapitalanlagen. Der Vorentwurf trägt dieser Entwicklung Rechnung und beinhaltet eine Aktualisierung des Gesetzes in Sachen Rechts- und Verfahrenssicherheit.

